

Freie Schulwahl für alle?

Pia Amacher, Präsidentin der «Elternlobby Schweiz», sagt, dass es keinen Grund gebe, weshalb nicht die Eltern, welche die Verantwortung für die Ausbildung trügen, darüber entscheiden sollten, nach welchen Grundsätzen die Kinder unterrichtet werden (NZZ 31. 3. 08). Dem möchte ich vehement widersprechen. Art. 19 der Bundesverfassung formuliert den Anspruch auf Grundschulunterricht und wird ergänzt durch Art. 62, der Folgendes besagt: «Der Grundschulunterricht ist obligatorisch und untersteht staatlicher Leitung oder Aufsicht.» Der Grund dafür wird bereits in der Präambel geliefert: «... um Freiheit und Demokratie, Unabhängigkeit und Frieden in Solidarität und Offenheit gegenüber der Welt zu stärken.» Grundschulunterricht soll also allen Kindern eine Bildung und Entwicklung ermöglichen, welche frei von familiären Ideologien und Beeinflussungen ist.

David Troxler (Basel)

Mein Gegenvorschlag zur freien Schulwahl: Die obligatorische Grundschule wird abgeschafft! Vielleicht wäre der Sohn Frau Amachers vor 12 Jahren lieber zu Hause geblieben? Schade für so viel Energieverschwendung. Sollten wir nicht auch das Telefonieren mit freier Trägerschaft durch Kantonsbeiträge subventionieren? Gleiche Chance für alle! – Ich glaube, wir müssen uns darauf konzentrieren, die staatlich betriebenen Schulen so zu gestalten, dass

gute Schüler gefördert werden. Dies ist mancherorts bereits der Fall.

Dass es aber schon immer stärkere und schwächere Schüler gab, ist wohl für Eltern der letztgenannten Gruppe schwer verständlich. Da ist schnell einmal die staatlich betriebene Schule mit ihren Lehrern schuld. Da den Eltern die Verantwortung für die gesamte Ausbildung ihrer Kinder obliegt, sollte vielleicht bei der Erziehung der Eltern begonnen werden. Bei dieser fängt es an – und da hapert es in so manchem Elternhaus!

Antoinette Stern (Küsnacht)

Solange ein Drittel der Kinder die Lernziele nicht erreicht, müssen wir uns ernsthaft fragen, ob die Zwangseinweisung in die nächstgelegene Staatsschule die optimale Lösung ist. Die freie Schulwahl – auch innerhalb der Staatsschulen – hat in verschiedenen Ländern zu einer signifikanten Qualitätssteigerung innerhalb der Staatsschulen geführt. So unterschiedlich die Kinder sind, so vielfältig muss folglich das Bildungsangebot sein, damit nicht ein Drittel durch die Maschen fällt. Denn jedes Kind hat Anspruch auf eine seinen Fähigkeiten entsprechende Bildung. Solange eine Schule die Konsequenzen eines schlechten Unterrichts in Form von weniger Anmeldungen nicht spürt, wird sich nicht viel ändern. Gute Schulen müssen keine Angst vor einem Massenexodus haben.

Sibylle von Heydebrand (Arlesheim)